

# Findet Nepal einen Ausweg aus der Dauerkrise?

Von Dr. Karl-Heinz Krämer

Im April werden drei Jahre vergangen sein, seit eine beeindruckende Bewegung der Zivilbevölkerung die Autokratie der Monarchie beendet hat. Seither bemühen sich die Politiker der diversen Parteien um eine Neugestaltung des Landes auf der Grundlage dessen, was das Volk im April 2006 auf den Straßen gefordert hat. Nach endlosen Verzögerungen wurde im April 2008 endlich eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, welche die Grundlage des neuen Nepal festlegen soll. Mit ihrem Wahlverhalten hat die Zivilbevölkerung belegt, daß sie die Spielregeln der Demokratie verstanden hat und eine Grunderneuerung des Staatswesens verwirklicht haben möchte. Den Auftrag zur Umsetzung haben sie den Parteien und Politikern übertragen, und damit begann die Misere des Landes von vorne.

Es wäre vermessen, die Politiker für alles verantwortlich zu machen, was in diesen Tagen in Nepal schief läuft. Viele unbewältigte interne Probleme, historische Versäumnisse, die immer wieder verdrängte Vergangenheitsbewältigung und schließlich auch die globale Krise zeigen unterschiedlich große Auswirkungen. Alle diese zuletzt genannten Problembereiche wäre jedoch zu bewältigen, wenn sich die Politiker endlich einmal am Wohle des Landes und seiner Bevölkerung orientierten und ihre persönlichen Machtbestrebungen zurückstellten. Ich kann nachfolgend nur einige der hiermit in Zusammenhang stehenden Bereiche ansprechen.

## Regierung

Auf der Grundlage des Ergebnisses der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung wurde eine Koalitionsregierung unter Leitung der CPN (Maoist) gebildet. Ihr gehören die beiden großen Parteien CPN (Maoist) und CPN (UML), die Tarai-Partei Madhesi

Peoples Rights Forum (MPRF), ihrerseits vierstärkste Partei bei den Wahlen, und einige kleine Parteien an. Die Führungsrolle der Maoisten ist begründet, weil sie mit mehr als einem Drittel der Abgeordneten das weitaus größte Kontingent in der verfassungsgebenden Versammlung stellen; durch einen am 12.01.2009 vollzogenen Zusammenschluß mit der CPN (Unity Centre-Masal) zur Unified CPN (Maoist) wurde die Anzahl der Abgeordneten sogar noch weiter erhöht. Außerdem stehen sie für notwendige Veränderungsbestrebungen, die vom Volk gewünscht sind und denen sich alle bedeutenden Parteien des Systems von 1990 stets widersetzt haben.

Die Probleme der Regierung beginnen mit dem teilweise autoritären Stil der maoistischen Minister. Premierminister Dahal und die anderen Führer der CPN (Maoist) tun sich schwer damit, daß sie nur über eine relative Mehrheit verfügen und in der Regierung Kompromisse mit Koalitionspartnern eingehen müssen, die zum Teil ganz andere Interessen vertreten. Die vor den Wahlen gemachte Aussage der ehemaligen Sieben-Parteien-Allianz, auch nach den Wahlen gemeinsam weiter in der Regierung zusammenzuarbeiten, ist angesichts des Wahlergebnisses völlig unrealistisch. Eine Koalition, an der nur die beiden Parteien beteiligt wären, die sich ohnehin am nächsten stehen, nämlich CPN (Maoist) und CPN (UML) würde die Regierungsgeschäfte wesentlich vereinfachen. Über eine ausreichende Mehrheit in der auch als Parlament dienenden verfassungsgebenden Versammlung verfügen die beiden Parteien. Ernsthaft in Erwägung gezogen wird eine derartige Koalition jedoch nicht. So verzögert man die dringende Arbeit an der Verfassung lieber weiterhin mit endlosen Diskussionen um Posten, Funktionen und Belanglosigkeiten.

### Opposition

Die Opposition, das ist heute vor allem der Nepali Congress (NC). Die anderen kleinen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, sind kaum nennenswert. Der NC hat eine Beteiligung an einer Regierung unter Leitung der Maoisten eine grundsätzliche Absage erteilt. Auf der anderen Seite würden die Parteiführer um Girija Prasad Koirala gerne selbst wieder die Regierung übernehmen, notfalls auch unter Beteiligung der Maoisten. Die Selbstüberschätzung der Parteiführer des NC ist nach wie vor ungebrochen. Obgleich man in mehr als 60 Jahren nicht in der Lage oder gewillt gewesen ist, parteinterne demokratische Strukturen und Prozesse aufzubauen und nicht zuletzt deswegen bei den Wahlen nur noch jede fünfte Stimme erhalten hat, bezeichnen sich die NC-Führer noch immer als die einzige demokratische Partei Nepals.

Dabei haben die Wähler mit ihrem Wahlverhalten klar zum Ausdruck gebracht, daß sie den NC lieber in der Opposition sehen möchten. Die Opposition ist ein wichtiger Bestandteil eines jeden demokratischen Systems. Es wäre an der Zeit, daß der NC sich endlich auf eine konstruktive Oppositionsrolle konzentriert. Hierunter ist zu verstehen, daß die Partei nicht grundsätzlich alles boykottieren sollte, was von der Regierung im Rahmen des Erneuerungsprozesses des Landes in Angriff genommen wird. Vor allem der vom NC, aber auch von kleinen, eigentlich völlig unbedeutenden Parteien, ständig praktizierte Boykott der Sitzungen der verfassunggebenden Versammlung ist verwerflich und gefährdet den Friedensprozeß und die Zukunft des Landes. Die Regierung muß von der Opposition über das Parlament kontrolliert und notfalls unter Druck gesetzt werden, wenn sie ihrerseits diesen Prozeß gefährdet. Niemals aber darf die Oppositionsarbeit auf außerparlamentarische Bereiche verlegt werden. Letzteres Fehlverhalten der Opposition hatte schon extrem negative Auswirkungen unter dem System von 1990.

### Verfassunggebende Versammlung

Die verfassunggebende Versammlung wurde am 10. April 2008 vom Volk gewählt. Sie umfaßt 601 Abgeordnete, von denen sechs noch durch Nachwahlen bestimmt werden müssen. Warum letztere immer noch nicht stattgefunden haben, ist unklar. Mitte Januar 2009 wurde nun der 10. April als Wahltag festgelegt. Allgemein wird dies als ein erster Test gesehen, wie das Volk die bislang meist chaotische Vorgehensweise der Parteien bewertet.

Die verfassunggebende Versammlung soll eine Doppelfunktion erfüllen. Zum einen soll sie eine neue Verfassung erarbeiten, zum anderen soll sie die legislativen Aufgaben eines Parlaments erfüllen. Bisher ist sie lediglich letzterer Aufgabe nachgekommen, und das auch nur sporadisch, weil die politischen Parteien immer wieder auch diese Funktion durch Boykotts gestört haben.

Mitte November 2008 einigte man sich auf die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse, die sich mit den diversen Bereichen der neuen Verfassung beschäftigen sollen. Auf die Vorsitzenden dieser Ausschüsse konnte man sich erst Mitte Januar 2009 einigen. Außerdem wurde im November der Zeitplan für die Ausarbeitung der neuen Verfassung festgelegt. Letztere soll am 28. Mai 2010 offiziell verkündet werden. Bereits jetzt hinkt man dem Zeitplan jedoch deutlich hinterher, so daß Zweifel an der Einhaltung des genannten Termins angebracht sind.

### Integration der Armeen

Eines der brennendsten Probleme des Landes ist die endgültige Auflösung der maoistischen Volksbefreiungsarmee (PLA), weil hiervon die Stabilität des Friedensprozesses und die Dauer des Einsatzes der United Nations Mission in Nepal (UNMIN) abhängt. Nach dem Willen der maoistisch geführten Regierung soll diese Auflösung durch eine Integration der PLA in die Nepal Army (NA) erfolgen. Dies wird auch durch den Hauptkoalitionspartner, die CPN (UML) unterstützt; lediglich ein kleiner Teil der UML-Politiker um den extrem konservativen K. P. Sharma Oli widersetzt sich dieser Politik vehement bis hin zur Gefährdung der Einheit der UML.

Mit dieser Politik identifiziert sich Oli mit der Haltung des NC, der eine Integration der PLA in die NA mit allen Mitteln verhindern will. Als Begründung wird die militante Vergangenheit der PLA mit all ihren gravierenden Menschenrechtsverletzungen genannt. Völlig vergessen wird bei dieser Bewertung, daß auch die offizielle, damals noch königliche nepalische Armee nicht minder menschenrechtsverachtend vorgegangen ist. Unter dem Strich hat die NA noch erheblich mehr Menschenrechtsverletzungen begangen als die PLA.

Kompliziert wird die Situation dadurch, daß sich auch die Armeeführung einer Aufnahme von PLA-Kämpfern widersetzt. Ende 2008 startete die Armee sogar eine Kampagne zur Rekrutierung neuer Soldaten und widersetzt sich dabei sogar den Anweisungen des vorgesetzten Verteidigungsministers. Eine weitere Komplikation wurde durch die Aussage der Maoisten bewirkt, die Armee solle in Zukunft unter Leitung eines Maoisten stehen.

Rational wäre eine völlige Umstrukturierung und Neuorientierung der Sicherheitskräfte bei gleichzeitiger Integration der geeigneten Mitglieder der PLA. Die personelle Stärke der staatlichen Armee ist nach ihrer Mobilisierung gegen die Maoisten im November 2001 mehrfach erweitert worden. Nepal braucht für seine Verteidigung nach außen aber eigentlich gar keine Armee. Sinnvoller wäre eine Konzentration aller Sicherheitskräfte auf die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Bekämpfung der ausufernden Kriminalität, die Kontrolle der inzwischen von fast allen politischen Parteien geschaffenen Jugendorganisationen, die in ihrem Auftreten eher den Charakter von Banden verkörpern, sowie die Begleitung und Unterstützung bei Entwicklungsprojekten und Naturkatastrophen.

### Kriminalität

Die Kriminalität hat in den letzten Jahren ein enormes Ausmaß angenommen. Dies gilt sowohl in Bezug auf allgemeine Verbrechen und Straftaten als auch für (vorgeblich) politisch motivierte und gerechtfertigte Delikte. Die Regierung und die ihr unterstehenden Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage für Recht und Ordnung zu sorgen; zum Teil scheint dies auch nicht wirklich gewollt zu sein.

Schon in der Frühphase des 1990er Systems wurden demokratische Rechte wie die Rechte auf Streik und Demonstration, in völlig überzogener Weise mißbraucht. Die genannten Rechte wurden schlichtweg dahingehend mißverstanden, daß jede beliebige Partei oder Organisation sich das Recht herausnehmen konnte, jederzeit zu Streiks und Demonstrationen aufzurufen. Wer sich derartigen Aufrufen widersetzte, wurde in Leib und Leben bedroht oder es wurde sein Eigentum zerstört. Nie wurden die Täter zur Rechenschaft gezogen. Hierdurch entstand ein Klima der Straflosigkeit, das durch die Wägung der damals dominierenden Parteiführer verstärkt wurde, Täter aus der Zeit des Panchayat-Systems und der Demokratiebewegung von 1990 für ihre Taten zu belangen. In den 10 Jahren des maoistischen Aufstands steigerte sich dies ins Unermessliche. Täter waren nun vor allem die Maoisten und in einem wohl noch größeren Maße die staatlichen Sicherheitskräfte. Eine weitere Steigerung brachte die Zeit der Machtergreifung Gyanendras, als die königliche Regierung, allen voran Innenminister Kamal Thapa, grundlegende Menschenrechte mit Füßen trat. Vornehmlich weigern sich jedoch die führenden Politiker, irgendjemand aus dem Kreis von Maoisten, Armee oder königlichen Schergen zur Rechenschaft zu ziehen.

In der Zeit des maoistischen Aufstands haben sich die staatlichen Sicherheitskräfte mehr auf die Bekämpfung der Maoisten als auf die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung konzentriert; dies war von den damaligen politisch Verantwortlichen so gewollt. Daß sich daran auch nach dem April 2006 wenig geändert hat, hängt mit der Gleichgültigkeit der politischen Führer zusammen, die sich lieber um den Erhalt ihrer eigenen Macht und Privilegien kümmern.

Zwei große Unruhestifter lassen sich in diesen Tagen ausmachen. Da sind zum einen die Jugendorganisationen der politischen Parteien. Zunächst hatten die Maoisten ihre Young Communist League (YCL) ins Leben gerufen. Sie setzte die militante und jegliche rechtlichen Schranken mißachtende Vorgehensweise der Maoisten fort, während sich gleichzeitig die maoistischen Führer als demokratisierte und gemäßigte Führerpersönlichkeiten zu etablieren versuchten. Anstatt die Maoisten unter Druck zu setzen, damit sie ihre YCL unter Kontrolle brachten, sind alle größeren Parteien dazu übergegangen, ähnliche Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, die das Recht in die eigene Hand nehmen. Am zweitnegativsten ist dabei die Youth Force (YF) der CPN (UML) aufgefallen, deren Mitglieder sich besonders häufig auf militante Auseinandersetzungen mit der YCL einlassen, obgleich die beiden Mutterparteien die wichtigsten Koalitionspartner der Regierung sind. In ähnlicher Weise wie die Jugendorganisationen sind Gewerkschaftsverbände aufgetreten, die sich in Nepal traditionell an bestimmten politischen Parteien ausrichten. Auch hier gingen die negativsten Aktionen von maoistischen Gewerkschaften aus.

Der zweite große Unruhestifter aus dem politischen Bereich sind die zahlreichen militanten Organisationen des Tarai. Zwar bemüht sich die Regierung um einen Dialog mit diesen Organisationen, doch kommt dieser nur stockend voran. Immer wieder kommen neue Organisationen hinzu, und selbst die größeren gemäßigten Tarai-Parteien sind von Abspaltungen bedroht. Es ist keine wirklich einheitliche Linie auszumachen; jede der Tarai-Parteien und -Organisationen kocht ihr eigenes Süppchen. Selbst kleinste Gruppen greifen zu militanten Mitteln, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

### Grund- und Menschenrechte

In Folge dieser unverminderten Militanz und Kriminalität werden viele grundlegende Rechte der Menschen in Frage gestellt, so die Rechte auf Eigentum

und Besitz, Bewegungsfreiheit, Freizügigkeit, freie Niederlassung, freie Meinungsäußerung, ja selbst das Recht auf Leben. Nepal hat keine Zukunft, wenn nicht endlich die Praxis der grenzenlosen Straffreiheit beendet wird. Jede Straffreiheit, ja selbst ihre Androhung, muß restlos aufgeklärt und vor Gericht gebracht werden. Dies gilt sowohl für Straftaten der Vergangenheit als auch solche, die immer noch tagtäglich begangen werden. Die Inaktivität der Politiker in Bezug auf eine Beendigung der Straffreiheit ist ursächlich dafür, daß immer mehr Gruppen und Personen keine Scheu mehr besitzen, zu Straftaten und ihrer Androhung zu greifen, um ihre Forderungen durchzusetzen, unliebsame Kritiker und Andersdenkende aus dem Weg zu räumen oder schlicht und einfach, um ihre persönlichen Interessen zu verwirklichen. Demokratischen Rechten zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Forderungen wie Streiks, Demonstrationen oder ähnlichen Protestmaßnahmen müssen Grenzen gesetzt werden, wenn sie einhergehen mit Militanz und einer Gefährdung von Personen oder öffentlichen und privaten Einrichtungen. Der derzeitige Zustand der Anarchie in weiten Teilen des Landes dient nicht der Schaffung von Frieden und einem inklusiven Staatswesen.

Alle politischen Parteien und Gruppierungen sind für diesen Zustand weit verbreiteter Rechtslosigkeit verantwortlich. Die Maoisten haben kein Interesse, für jene Straftaten einzustehen, die sie während des zehnjährigen Aufstands begangen haben; sie rechtfertigen sie mit dem Ziel ihrer Revolution. Letztere ist für sie noch immer nicht abgeschlossen. Daher dulden sie neben ihrem demokratischen Auftreten in der Regierung die Fortsetzung der Militanz durch ihre Suborganisationen, insbesondere durch die YCL. Kritiker, wie engagierte Journalisten, werden bedroht oder mundtot gemacht, wie dies auch schon während des Aufstands praktiziert wurde. Maoistische Regierungsmitglieder rechtfertigen eine Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, wenn damit eine Kritik an ihrer Politik verbunden ist. Die wenig engagierten Aufklärungsbemühungen zur Ermordung der jungen Journalistin Uma Singh am 12. Januar 2009 verdeutlichen dieses Problem, auch wenn nicht geklärt ist, ob tatsächlich Maoisten an der Tat beteiligt waren.

Aber auch andere Parteien sind nicht wirklich an einem Rechtsstaat interessiert. Während des maoistischen Aufstands hat die Verantwortung für die Politik des Staates überwiegend in den Händen des Nepali Congress gelegen, später in denen der Handlanger des Königs. Weder NC-Politiker noch die einstigen königlichen Handlanger noch ihre

Exekutivorgane, die Sicherheitskräfte, haben ein Interesse an einer Aufklärung der Verbrechen der Vergangenheit. Dabei belegen alle bisher bekannt gewordenen Berichte, daß der nepalische Staat, also Regierung und Sicherheitskräfte, für die überwiegende Zahl der Verbrechen aus der Zeit des maoistischen Aufstands verantwortlich waren.

### Wirtschaftlicher Niedergang / Versorgung

Während die Politiker weiterhin rücksichtslos um ihre Machprivilegien kämpfen und jegliches Einstehen für ihre verfehlte Politik der Vergangenheit ablehnen, versinkt das Land zunehmend im wirtschaftlichen und sozialen Chaos. Auch die zahlreichen und untereinander sehr uneinigen Madhesi-Gruppierungen leisten hierzu ihren Negativbeitrag. Das wohl markanteste Beispiel für das Ausmaß des gesamten Desasters ist die Energiemangel. Schon seit Jahren hat Nepal mit je nach Jahreszeit unterschiedlich langen Stromabschaltungen zu kämpfen, weil das vorhandene Energiepotential auch nicht im Entferntesten den rapide wachsenden Bedarf decken kann. Es ist müßig, die derzeitige von den Maoisten geleitete Regierung für diesen Mißstand verantwortlich zu machen. Natürlich haben auch die Maoisten eine Mitschuld, weil ihr zehnjähriger Aufstand einen Ausbau des Energienetzes behindert hat. Hauptverantwortlich aber sind natürlich jene Politiker, die nach 1990 an den Schalthebeln der Macht gesessen und sich für alles Mögliche interessiert haben, nicht aber für den zukünftigen Energiebedarf des Landes und seine Deckung, d. h. also in erster Linie einmal mehr die führenden NC-Politiker.

Zur Zeit ist jeden Tag 16 Stunden der Strom abgeschaltet. Unter dieser Voraussetzung kann kein moderner Staat existieren; die ohnehin entwicklungsbedürftige Wirtschaft droht Energie schaffende Projekte in Angriff genommen würden, was auch nicht wirklich geschieht, würde es viele Jahre dauern, um den heutigen Energiebedarf zu decken. Dann aber wird die Nachfrage auch schon wieder erheblich angewachsen sein. Im wahrsten Sinne des Wortes düstere Zeiten kommen da auf Nepal zu.

Die Schaffung einer neuen, möglichst inklusiven Verfassung und eines dauerhaften Friedens sollte die ausschließliche Aufgabe der verfassungsgebenden Versammlung sein. Unterdessen sollte sich eine aus nur wenigen Koalitionspartnern bestehende Regierung auf die Aufrechterhaltung von Recht, Ordnung und Versorgung des Landes konzentrieren. Dies ist der Bedarf der Stunde.